

## **Einladung**

zur Vollversammlung der Kita-Eltern

Mittwoch, 28.11.2007

19-20 Uhr

Freizeitheim Linden

Windheimstr. 4

Haltestelle „Ungerstr.“ / Linie 10

### Vorläufige Tagesordnung

- Rechenschaftsbericht über die Arbeit des SER im vergangenen Jahr
- Entlastung der Mitglieder des Kita-SER
- Neuwahlen
- Verschiedenes

**Ab 20 Uhr findet eine Diskussion mit Politikern  
zur Landtagswahl 2008 statt.**

**Als Gäste werden erwartet:**

**Wolfgang Jüttner, SPD**

**Dirk Toepffer, CDU**

**Dr. Stefan Birkner, FDP**

**Enno Hagenah, Bündnis 90/Die Grünen**

**Kreszentia Flauger, DIE LINKE.**

**Alle Eltern aus Hannover  
sind herzlich willkommen.**



## Der Kita-Stadtelterrat

(ehem. Bezeichnung: Kita-Delegiertenrat) ist die zentrale Interessenvertretung aller Kita-Eltern in der Stadt Hannover. Zur Wahl der Mitglieder des Kita-Stadtelterrates gibt es zwei Möglichkeiten:

1. findet die Wahl auf den Versammlungen der Kita-ElternvertreterInnen der einzelnen Träger (AWO, Stadt, Caritas usw.) statt und

2. werden weitere Vorstandsmitglieder in den Vollversammlungen der hannoverschen Kita-ElternvertreterInnen gewählt.

Ein Mitglied des Kita-Stadtelterrates wird als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss des Stadtrates entsandt.

Wir arbeiten regelmäßig, vertreten durch ein oder zwei Personen, in der Kita-Fachberatung - einem Fachgremium aller FachberaterInnen aller Träger sowie Angestellte des städtischen Jugendamtes, mit.

Darüber hinaus gibt es die Kita-Fachkommission, einem Gremium, im wesentlichen besetzt mit VertreterInnen der Träger. Auch hier können wir als ordentliche Mitglieder mitarbeiten.

Alle Kita-Stadt- und Kita-Gemeinde-elternräte der Region können sich zum Kita-Regionseaternrat zusammenschließen und können eine Person in den Jugendhilfeausschuss der Region Hannover entsenden. Es wird höchste Zeit, den Kita-Regionseaternrat neu zu bilden.

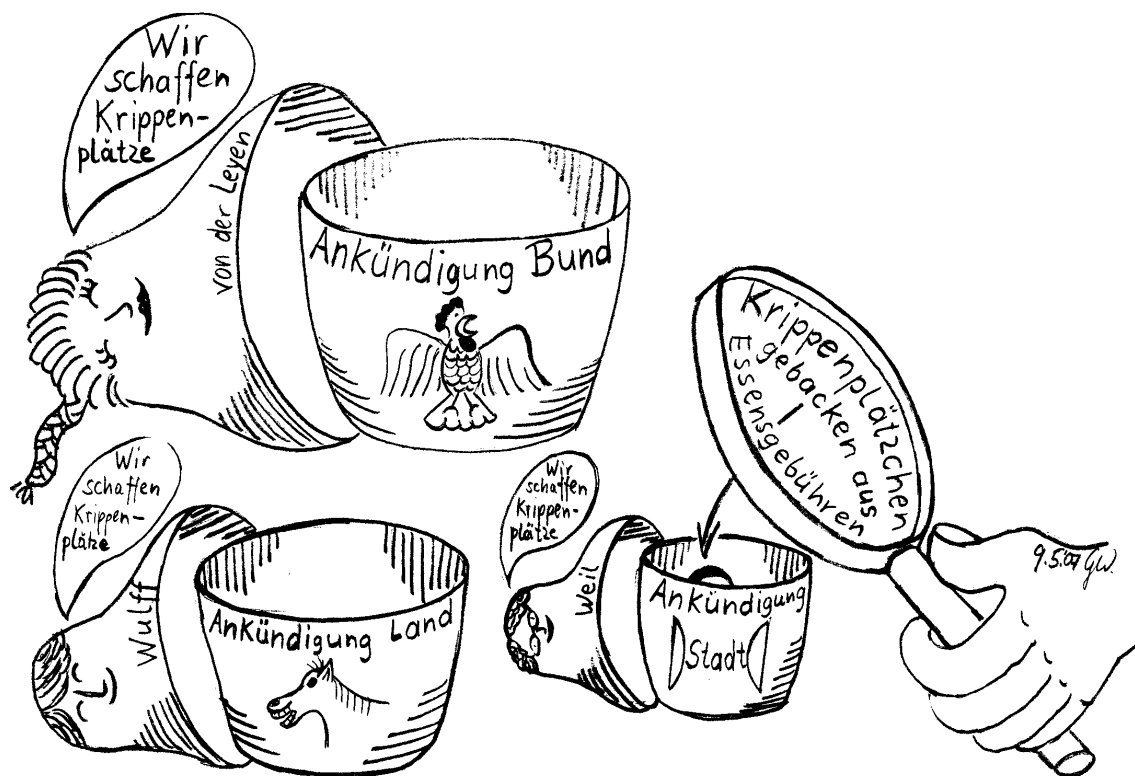
Wichtige Kita-Fragen, wie das immer wieder umkämpfte Kita-Gesetz, werden von der Landespolitik entschieden.

Im Gegensatz zum Schulgesetz, sieht das niedersächsische Kita-Gesetz keine Landeseltervertretung vor. Als ab 1998 die Landesregierung die Qualitätsstandards der Kitas verschlechtern wollte, haben wir landesweit die Kita-Landeseltervertretung e.V. gegründet. Im Bündnis mit Vielen, (u.a. Eltern-, Frauen-, Kinderorganisations-, Gewerkschaften, Teile der Träger), haben wir mittels Volksbegehren und Aktionen überall im Lande, bisher alle Angriffe auf die Kita-Qualität abwehren können.

Darum arbeitet der Kita-Stadtelterrat in der Kita-Landeseltervertretung und im "Bündnis für Kinder und Familien" mit. Unsere Interessen in den Gremien zu vertreten, kann aber immer nur erfolgreich sein,

wenn zugleich viele Betroffene organisiert für Kita-Qualität, gegen Abschaffung des Essengeldes usw. öffentlich auftreten. Leserbrief, Demos, Unterschriftenaktionen, Kinderfeste und vieles mehr, sind nötig, damit wir uns in den nötigen sozialen und bildungspolitischen Fragen durchsetzen können. So rechnet man bereits damit, dass wir regelmäßig mit vielen Kindern und Erwachsenen die "Einwohnersprechstunde" des Jugendhilfeausschusses im Rathaus bunt und laut nutzen. Wenn wir das nicht tun, werden wir für eine schwache Kraft gehalten. Also: Wer macht noch mit im Kita-Stadtelterrat, um unsere Interessenvertretung erfolgreich organisieren zu helfen ?





## Kindertagesstätten in Niedersachsen Qualität in Hülle und Fülle für alle

Am 27.1.2008 findet in Niedersachsen die Landtagswahl statt. Für uns ein Anlass, unsere Forderungen für den Kita-Bereich deutlich zu machen, Informationen über die Pläne der Parteien an Euch weiterzugeben und eine Diskussion anzuregen.

In der vergangenen Legislaturperiode hat die Landesregierung einige Veränderungen durchgesetzt. „Bildung ist Ländersache – und Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen!“ Diese Tatsache führte dazu, dass Kitas nicht mehr dem Sozial-, sondern dem Kultusministerium zugeordnet sind. Der „Orientierungsplan“, der Bildungsziele für Kitas beschreibt, wurde veröffentlicht und dient seither als Richtschnur, ist aber nicht verbindlich. Durch das „Modell-Kommunen-Gesetz“ wurden in einigen Kommunen die im Kita-Gesetz vorgeschriebenen Mindeststandards (z.B. Raum- und Gruppengröße) aufgehoben. Das Landesjugendamt als oberste Fachaufsichtsbehörde für Kitas wurde abgeschafft. Dessen Aufgaben übernimmt nun die Landesschulbehörde, die direkt dem Kultusministerium unterstellt ist. Das letzte Jahr vor der Einschulung ist seit diesem Jahr beitragsfrei und heißt jetzt „Brückenjahr“, weil es intensiver als bisher auf die Schule vorbereiten soll. Die Umwandlung einiger Grundschulen zu halbherzigen Ganztagschulen verleitet viele Kommunen dazu, den nötigen Ausbau von Hortplätzen zu vernachlässigen. Durch das Tagesbetreuungsbaugesetz hat die Bundesregierung die Länder und Kommunen unter anderem dazu verpflichtet, mehr Betreuungsplätze für unter 3-jährige zu schaffen.

Doch wie steht es nun wirklich um die Qualität in den Kitas? Stehen für alle Kinder ausreichend Plätze zur Verfügung? Was brauchen unsere Kinder und was wünschen wir uns als Eltern? Was ist finanzierbar und wo wird die Politik zukünftig einen Schwerpunkt setzen? Wir haben 5 Parteien befragt und veröffentlichen im Folgenden die Antworten. Ein Forum für ausführlichere Aussagen bieten wir bei der Podiumsdiskussion am 28.11. (siehe Seite 1). Dort besteht auch für alle Eltern die Möglichkeit, weitergehende Fragen zu stellen und die LandtagskandidatInnen mit Praxisbeispielen zu konfrontieren. Viel Spaß beim Lesen und Vergleichen!



## **1) Wann schaffen Sie die Gebühren für die Kindertagesstätten (Krippe, Kindergarten, Hort) ab, so dass alle Kinder ab dem 1. Lebensjahr diese Einrichtungen kostenfrei besuchen können?**

### **CDU**

Bis zum Jahr 2013 werden wir alle Kindergartenjahre beitragsfrei stellen. Im Zuge des weiteren Ausbaus der Betreuungsplätze für Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren werden wir eine weitere Entlastung der Eltern von Beiträgen für die Betreuung gemeinsam mit dem Bund sowie im Rahmen des Finanzierungsspielraums eines verfassungsgemäßen Landeshaushalts sorgfältig prüfen.

### **SPD**

Die SPD wird die Beitragsfreiheit für die gesamte Zeit des Kindergartenbesuches in der kommenden Wahlperiode durchsetzen. Für Kinder ab dem 1. Lebensjahr soll ein Rechtsanspruch ab dem Jahr 2010 auf einen Krippenplatz geschaffen werden. Langfristiges Ziel ist es, auch die Betreuung der unter Dreijährigen kostenfrei anzubieten.

### **FDP**

Die Bedeutung der frühkindlichen Bildung ist inzwischen von allen politischen Parteien erkannt worden. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, möglichst vielen Kindern den Besuch einer Kindertagesstätte schon früh zu ermöglichen. Die Beitragsfreiheit würde für die Eltern einen zusätzlichen Anreiz bedeuten, ihre Kinder in KiTas betreuen zu lassen. Wir haben im August 2007 das letzte KiTa-Jahr vor der Einschulung beitragsfrei gestellt. Das Land investiert dafür 120 Mio. jährlich. Möchte man auch die anderen beiden Kindergartenjahre beitragsfrei stellen, kommt das Land schon auf eine Investitionssumme von 360 Mio. € jährlich. Ungefähr die gleiche Summe muss man veranschlagen, will man auch die Betreuung der Kinder unter drei Jahren beitragsfrei anbieten. Dies ist ein gewaltiges Investitionsvorhaben, das seriös finanziert sein muss und dessen Umsetzung wir daher „nur“ mittelfristig anstreben können. Jeder, der verspricht, dass man die gesamte Kinderbetreuung in 2- 3 Jahren beitragsfrei anbieten kann, rechnet zu Lasten der nachfolgenden Generationen.

### **Bündnis 90 / Die Grünen**

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kitas gemeinsam vom Bund, dem Land und den Kommunen finanziert werden und für die Eltern beitragsfrei werden. Finanzieren wollen wir das durch die Umgestaltung des Ehegattensplittings.

### **DIE LINKE.**

Mit uns sofort, wenn es im Landtag eine Mehrheit dafür gibt! Wir werden den Druck auf die zukünftige Landesregierung erhöhen. DIE LINKE. fordert einen Rechtsanspruch für alle Kinder vom ersten Lebensjahr an. Niedersachsen wird nur mit uns eine stärkere Übernahme öffentlicher Verantwortung für Kinder und deren Familien bekommen.

## **2) Ab wann stellen Sie kostenfreie Verpflegung für alle Kita-Kinder zur Verfügung, so dass deren gesunde Ernährung gewährleistet ist?**

### **CDU**

Die CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein, die Kosten für Mittagstische in Schulen und Kindergärten zu senken. Wir werden den Bund für eine kontinuierliche Neubewertung der Leistungen für Kinder im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitslose (SGB II) in die Pflicht nehmen, damit alle Kinder von SGB II-Empfängern an Schul- und Kindergarten-Speisungen teilnehmen können.

### **SPD**

Nicht das Land, sondern die Kommunen sind zuständig für die Verpflegung in Kindertagesstätten. Bund und Länder übernehmen in vielen anderen Bereichen allerdings schon jetzt - Kosten, die eigentlich bei den Kommunen liegen (s. u.). Dies ist jedoch nicht in allen Bereichen möglich.

### **FDP**

Die Frage einer Kostenerhebung für das Mittagessen liegt in der Verantwortung der kommunalen Träger. Das Land macht hier keine zwingende Vorgabe hinsichtlich eines Elternbeitrages oder einer kostenfreien Verpflegung. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Verpflegung in der KiTa auch häusliche Mahlzeiten ersetzt und dass daher ein Elternbeitrag angebracht sein kann. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Elternbeiträge teilweise die in den Regelsätzen im SGB II vorgesehenen Beträge für die Mahlzeiten von Kindern übersteigen. Die FDP setzt sich daher dafür ein, dass Lösungen gefunden werden, um derartige übermäßige Belastungen von Eltern zu vermeiden.



## Bündnis 90 / Die Grünen

Siehe 1)

### DIE LINKE.

Eine vollwertige und gesunde Ernährung ist eine Grundvoraussetzung, ernährungsbedingte Krankheiten (wie Adipositas) zu vermeiden. Hier kann die Gesundheitskasse nachhaltig von Folgekosten befreit werden – deswegen fordern wir die unentgeltliche Verpflegung in den Kindertagesstätten. Wir legen Wert auf eine altersentsprechende Gesundheitserziehung und –vorsorge.

Auch die Eltern müssen durch Gesundheitsförderungsprogramme mit eingebunden werden. Ernährung muss gelehrt und gelernt werden. Nicht nur in der KiTa auch in der Schule.

### 3) Was werden Sie konkret tun, um für jedes Kind einen Ganztagsplatz in einer wohnortnahen Kita (Krippe, Kindergarten, Hort) vom 1. – 10. Lebensjahr bereit zu halten?

#### CDU

Die CDU-geführte Niedersächsische Landesregierung von Ministerpräsident Christian Wulff Niedersachsen investiert bereits jetzt rund 160 Millionen Euro als Finanzhilfe für die Träger von Krippen, Kindergärten und Horten. Zusammen mit dem Bund stellen wir bis 2013 Betreuungsplätze für 35 Prozent eines Jahrgangs der Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren zur Verfügung. Ab 2013 wird für diese Kinder ein Rechtsanspruch auf Betreuung bestehen. In Niedersachsen werden bis 2013 landesweit ca. 60.000 Krippenplätze entstehen. Im Schulbereich ist es Zielsetzung der CDU in Niedersachsen, allen Schülerinnen und Schülern in erreichbarer Nähe zu ihrem Wohnort ein Ganztagsangebot zu unterbreiten.

#### SPD

Das Angebot von Ganztagsplätzen in Krippen und Kindergärten muss erhöht werden. Nach der rechtlichen Lage ist bis zum Eingang in die Grundschule die Kommunen für den Ausbau von Kindertagesstätten und damit auch für das Angebot von Ganztagsplätzen zuständig. Das Land unterstützt die Kommunen innerhalb eines Zuschußsystem, wie im Moment die Bezuschussung der Personalkosten in Höhe von 20 %.

Die SPD setzt daneben auf den Ausbau von Ganztagschulen. Sie bieten der individuellen Förderung einen besseren organisatorischen und zeitlichen Rahmen als die traditionelle Halbtagsschule. Sie geben auch die Möglichkeit, im Schulalltag Phasen hoher Konzentration mit entspannenden Phasen wechseln zu können. Die Ganztagschule bietet mehr Möglichkeiten des sozialen Lernens und der Kommunikation zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern sowie der Gruppe untereinander. Schule wird zum Lebensort und ist nicht nur Lernort. Dadurch kann die Integration von Migranten besser gelingen.

Die SPD wird das Angebot von Ganztagschulen quantitativ und qualitativ ausbauen. Die Schulen werden so mit Lehrkräften, Fachpersonal und eigenem Budget ausgestattet, das sie ein vollständiges Bildungsangebot an vier Tagen in der Woche organisieren können. Alle Experten sind sich einig, dass mehr individuelle Förderung nötig ist. Ein rhythmisierter Schultag, der Zeit lässt zum konzentrierten Arbeiten und Entspannen, zum Üben und Ausprobieren, zum Musizieren und zum Miteinander von Schülern und Schülerinnen und Lehrkräften, lässt auch Zeit zum Fördern und zum Ausgleich milieubedingter Defizite. Solche Ganztagschulen wünschen wir uns für die niedersächsischen Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte, die mit ihrem pädagogischen Können, mit Idealismus und Engagement Konzepte entworfen haben und umsetzen wollen. Uns geht es um wirkungsvolle Ganztagschulen, die den Namen verdienen, um Ganztagschulen, die zusätzliche Mittel erhalten und in der Lage sind, die Unterrichtsqualität zu steigern, individuell zu fördern, Defizite auszugleichen und Chancengleichheit zu realisieren. Dazu wird die SPD ein 12 Mio. Euro Sofortprogramm auflegen.

#### FDP

Um ein bedarfsgerechtes Angebot an KiTa-Plätzen zu erreichen, brauchen wir einen Übergang von der Objekt- zur Subjektförderung. Statt der Einrichtungen sollen die Kinder über einen Kinderbetreuungs- und -bildungsgutschein gefördert werden. Damit können Eltern das ihren persönlichen Ansprüchen am besten entsprechende Betreuungsangebot auswählen, während die unterschiedlichen Einrichtungen für jedes Kind den entsprechenden Wert als Pauschale erhalten. Durch das Gutscheinmodell entsteht ein Anreiz für die Betreiber von KiTas ein nachfragegerechtes Angebot bereitzustellen. Die FDP will in der kommenden Legislaturperiode den Einstieg in ein Gutscheinmodell umsetzen. Zudem wollen wir die Bundesförderung zum Ausbau von Krippenplätzen durch Landesmittel ergänzen.



## **Bündnis 90 / Die Grünen**

Wir setzen uns seit Jahren für einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Ganztagsplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ein.

### **DIE LINKE.**

Die tatsächliche Nachfrage an Kindertagesstättenplätzen muss mittelfristig vollständig gedeckt werden. Wir machen hierzu konkrete Aussagen: Hier sind die Kommunen angehalten einen entsprechenden Platz anzubieten. Sie sind von den Kosten freizuhalten. Dafür sollen den Kommunen die Investitionen über den kommunalen Finanzausgleich erstattet werden.

## **4) Welchen Beitrag werden Sie leisten, um die Weiterentwicklung der Qualität in Kindertagesstätten (z.B. Reduzierung der Gruppengrößen; Verbesserung der Fachkräfteausbildung, der Raumstandards und der Ausstattung) voranzutreiben, so dass die Kitas ihrem Bildungsauftrag besser gerecht werden können?**

### **CDU**

Frühkindliche Bildung braucht qualifiziertes Personal. Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher ist anspruchsvoll weiterentwickelt worden. Für die Leitungs-, Führungs- und Beratungsebene werden Aufbaustudiengänge angeboten. Das neue „Niedersächsische Institut für Bildung und Entwicklung“ in Osnabrück wird Forschung und Praxis im Bereich der Frühpädagogik vernetzen. Bereits jetzt sind in niedersächsischen Kindertagesstätten mehrere Hundert Sozialpädagogen und -pädagoginnen mit Fachhochschul-Abschluss tätig. Neu an der derzeitigen Entwicklung ist die Verzahnung von Fachschulausbildung und Fachhochschulstudium, das deutlich auf die Frühpädagogik hin ausgerichtet ist im Unterschied zum Studium der Sozialarbeit/Sozialpädagogik.

### **SPD**

Im „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung im Elementarbereich niedersächsischer Tageseinrichtungen“ ist ein ganzheitlicher Bildungsbegriff festgelegt. Die SPD wird diesen Orientierungsplan für alle Kindertagesstätten verpflichtend machen. Den im „Orientierungsplan“ einvernehmlich getroffenen Bildungsbegriff und die Konkretisierung des ganzheitlichen Bildungsauftrages für den Elementarbereich darf nicht durch unabgestimmte Projekte wie das „Brückenjahr“ und durch Nichtbeteiligung von Experten und Expertinnen gefährdet werden.

Das kostenfreie 3. Kindergartenjahr zum „Schulkindergarten“ umzuwandeln oder ein Vorschuljahr zu fordern, ist ein antiquiertes Bildungskonzept und schadet den ernsthaften Anstrengungen für eine qualitative Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung in den Kitas.

In welchen Schritten die Rahmenbedingungen verbessert werden können, hängt von der Finanzkraft des Landes ab. Die SPD möchte die Demografierendite im System lassen und die erhöhten Steuereinnahmen nutzen, um auch den Elementarbereich qualitativ zu stärken

### **FDP**

Am wichtigsten, wenn es um die Weiterentwicklung der Qualität der Bildung in Kindertagesstätten geht, ist in unseren Augen die Verbesserung der Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher. Für die frühkindliche Bildung unserer Kinder brauchen wir exzellent ausgebildetes Personal. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in der nächsten Legislaturperiode die Ausbildung des Leitungspersonals von Kindertagesstätten akademisches Niveau erreicht.

## **Bündnis 90 / Die Grünen**

Wir setzen uns seit Jahren für eine Ausbildung der Kita-ErzieherInnen auf Hochschulniveau, für verbindliche Kita-Bildungsstandards und für ein Qualitätsmanagement für die Kitas ein. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Verbesserung der Ausstattungsstandards (Gruppengröße, Raumstandards) ein.

### **DIE LINKE.**

Die Umsetzung des Tagesbetreuungsgesetzes (TAG) vom Dezember 2004 muss konsequent erfolgen. Die Gruppen sollten max. 15 Kinder groß sein. Auch auf den immer höheren Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund müssen wir uns einstellen und alle fördern. Der Anteil höher qualifizierten Personals (nach skandinavischen Vorbild: Fachhochschulniveau) muss schrittweise gesteigert werden und Mittel zur Qualitätssicherung, für pädagogische Beratungs- und Unterstützungssysteme sowie für die Fort- und Weiterbildung des Personals ausreichend zur Verfügung stehen. Das Landesjugendamt hatte hier eine wichtige Funktion übernommen. Die Auflösung des LaJu muss rückgängig gemacht werden.



## **5) Bildung ist Ländersache. Wann übernehmen Sie die Verantwortung und die Finanzierung für die frühkindliche Bildung unsere Kinder in Kindertagesstätten?**

### **CDU**

Die CDU-geführte Niedersächsische Landesregierung investiert 100 Mio. Euro, um mit dem Programm „Familien mit Zukunft – Kinder bilden und betreuen“ u. a. den Ausbau verlässlicher, flexibler und bedarfsgerechter Betreuungsstrukturen sowie die Qualifizierung der Tagespflege, Familien- und Servicebüros als kommunale Koordinierungsstellen und die Konzipierung und Erprobung neuer Betreuungsmodelle zu finanzieren. Über die bestehende institutionelle Förderung hinaus unterstützen wir so die Kommunen beim Ausbau der Plätze für unter Dreijährige und verbessern gleichzeitig die Qualität der frühkindlichen Bildung. Zu diesem Programm gehört auch ein gelingender Übergang in die Schule. Wir wollen das letzte Kindergartenjahr als Brückenjahr zur Grundschule ausgestalten. Es ist eine ganze Palette von Angeboten vorgesehen, die sich gleichermaßen an Kindertagesstätten und Grundschulen richten, um deren – schulgesetzlich vorgeschriebene – Zusammenarbeit weiter zu fördern und mit Leben zu füllen. Wir setzen uns dafür ein, Bildungsziele und -inhalte aufeinander abzustimmen, dort gezielt zu fördern, wo ein erfolgreicher Schulstart gefährdet ist, und den Fachkräften durch ein umfassendes Fortbildungsangebot das notwendige Rüstzeug für diese Aufgaben zu vermitteln. Alle Kinder sollen beim Übergang in die Grundschule über vergleichbare, tragfähige Eingangsvoraussetzungen verfügen. Dazu gehört insbesondere die frühzeitige individuelle Sprachförderung in den Kindertagesstätten, die wir konsequent ausbauen werden.

### **SPD**

Für die frühkindliche Bildung sind Land, Kommunen und die Träger gemeinsam verantwortlich. Zu den Grundsätzen der Finanzierung siehe Frage 3.

### **FDP**

Wir übernehmen bereits jetzt Kosten für gezielte Sprachförderung und für die Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und Kindertagesstätten, um den Kindern den Übergang von der Elementar- zur Primarbildung zu erleichtern. Mit dem Orientierungsplan haben wir die Bildungsstandards in Kindertagesstätten definiert. In der nächsten Legislaturperiode werden wir die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher weiter verbessern. Im Übrigen liegt die Verantwortung für unsere Kinder und deren Bildung nicht nur beim Land. Wir betrachten sie als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus der sich auch in Zukunft die Kommunen und der Bund nicht zurückziehen dürfen. Und natürlich tragen auch die Eltern weiterhin die Verantwortung für die Erziehung und auch Bildung ihrer Kinder.

### **Bündnis 90 / Die Grünen**

Die Verantwortung für die frühkindliche Bildung in den Kitas hat Niedersachsen bereits mit dem Kita-Gesetz der grün-roten Koalition von 1992 übernommen. Die Finanzierung kann nach unserer Auffassung nur von Bund, Land und Kommunen gemeinsam getragen werden.

### **DIE LINKE.**

Niedersachsen muss ganz nach vorne kommen. Das finanzielle Engagement auf dem Gebiet frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung muss insgesamt erhöht, der Anschluss an das Niveau anderer europäischer Länder muss gefunden werden. Wir werden die zukünftige Landesregierung daran erinnern, dass mehr Geld der öffentlichen Hand zur Bildung aufgebracht werden muss. Die Bürger wissen, dass genug Geld da ist – es darf nicht bei den Kindern gespart werden, die die wehrlosesten Mitglieder unserer Gesellschaft sind. Politische Prioritäten in der Landeshausaltsgestaltung und gerechtere Steuern, die insbesondere hohe und höchste Einkommen belasten, ermöglichen die Finanzierung unserer Ziele.

Für die **CDU** antwortete Dirk Toepffer

Für die **SPD** antwortete Lars Klingbeil

Für die **FDP** antwortete Stefan Birkner,

Für **Die Grünen** antwortete Reinhard Tydecks

Für **DIE LINKE.** antworteten Kreszentia Flauger und Karsten Plotzki

\*\*\*\*\*  
 Impressum: Kita-Stadtelternrat, Ricklingerstr. 39, 30449 Hannover, Tel. 6001988  
 kita-deligierten@htp-tel.de

\*\*\*\*\*  
 Birgit Zimmermann 3949228; Charly Braun 456252; Martin Brandwein 623377; Susanne Klyk 7000186

Gabriele Baumbach 3365606; Georg Weil 441948; Inge Scharna 2108007; Katrin Göllinger 2620070;

Marianne Ohlhoff 8386693;

Druck: Akzent Druck Hannover  
 \*\*\*\*\*



## Warum Kita-Eltern bisweilen die Geduld verlieren sollten!

„Krippenplätze sollen ausgebaut werden, Tagesbetreuungseinrichtungen für Kinder verstärkt geschaffen werden.“ So zitiert die Hannoversche Allgemeine Zeitung vom Montag, 24. September 2007 auf der Niedersachsenseite (Seite 5) aus dem aktuellen Wahlprogramm der CDU zur Landtagswahl im Januar 2008.

Nur einen Tag später, am Dienstag, 25.7., wird im Lokalteil der HAZ (Seite 17), berichtet: „Die Stadt Hannover wird ohne einen Landeszuschuss von 500.000 Euro auskommen müssen, die die Verwaltung neben einem Eigenanteil von 1,15 Millionen Euro eigentlich in die Schaffung von 277 Krabbelgruppenplätzen investieren wollte. Das Sozialministerium lehnte die Förderung des Projektes ab, weil es den Ausbau von Tagesmüttermodellen derzeit für wichtiger hält.“

Also lieber Tagesmütter-Arbeitsplätze in Form von prekären Beschäftigungsverhältnissen subventionieren, verbunden mit vielen Unsicherheiten für die Eltern was die Zuverlässigkeit des Betreuungsangebots angeht? Und dafür die Unterstützung von mindestens halbwegs soliden Krabbelstufen-Einrichtungen, die von Elterninitiativen getragen werden, auf die lange Bank schieben. Was wir dagegen brauchen sind Kita-Plätze für alle Kinder und nicht nur für diejenigen, deren Eltern so intensiv nachfragen, dass sie sich als Bettler vorkommen müssen (d.h. ein solider angebotsorientierter Ausbau von Kitas in städtischer oder kirchlicher Trägerschaft oder von Trägern der freien Wohlfahrtspflege). Aber so was wagt man ja als Eltern kaum noch einzufordern.

Wann endlich verlieren Eltern die Geduld, wenn sie solche Wortklaubereien hören wie „bedarfsgerecht, angestrebt, soll geschaffen werden“ etc. mit der Verantwortungsträger in Politik und Verwaltung die schlechte Situation schönreden und luftige Versprechungen abgegeben, auf die sich hinterher niemand festlegen lassen will? Halten wir Eltern das deshalb aus, weil wir durch unsere Kinder geübt darin sind, nicht so leicht die Geduld zu verlieren?

Im Umgang mit Politikern jedoch wird es höchste Zeit, den „Erziehungsstil“ zu ändern!

**Im Wahlkampf** bieten sich an den Ständen der Parteien zahlreiche Möglichkeiten mit den KandidatInnen Klartext zu reden. Informieren Sie Ihre WahlkreiskandidatInnen über die Missstände aus Ihrem Erfahrungsbereich und drängen Sie auf Abhilfe! Gehen Sie zur Landtagswahl am 27. Januar 2008 und gönnen Sie Ihren Abgeordneten auch danach keine Ruhe, wenn sie in Amt und Würden sind!

## Pleitegeier bei den Kranichen

Der Verein „Die Kinder der Kraniche“, Träger von mittlerweile nur noch 6 Kindertagesstätten in Hannover, hat Konkurs angemeldet. Wie in der letzten KitaZ beschrieben, leidet der Verein seit längerem unter einem „schlechten Ruf“, die undurchsichtigen Vereinsstrukturen scheinen Mobbing zu begünstigen, die Atmosphäre wird bestimmt von Druck, Willkür und Unsicherheit. Nun droht dem Verein das endgültige Aus. Davon betroffen sind die Arbeitsplätze der MitarbeiterInnen und 288 Kinder und deren Familien. Bisher hat sich kein anderer Träger gefunden, der alle Einrichtungen der Kraniche (und damit auch alle MitarbeiterInnen) übernehmen möchte. Es gibt Interessenten für einzelne Einrichtungen. Einige Eltern setzen sich dafür ein, dass ihre Kita erhalten bleibt, dass die bestehenden Kindergruppen in den „heimatlichen“ Räumen zusammenbleiben mit den bisherigen ErzieherInnen, die für die Kinder als vertrauensvolle Bezugspersonen wichtig sind. Eine Solidarisierung der Eltern untereinander und mit den ErzieherInnen versucht der Vereinsvorstand gemeinsam mit dem Konkursverwalter zu verhindern. Die Eltern werden schlecht informiert und eingeschüchert. Es wird damit gedroht, dass „rebellische“ Eltern Verhandlungen mit evtl. neuen Trägern behindern würden. Wir unterstützen das Engagement der Eltern für ihre Kinder und halten die o.g. Argumentation für unangebracht. Jeder Träger sollte sich über eine aktive Elternschaft freuen.